

- (23) O. Knudsen and A. Parnes, *Trade Instability and Economic Development: An Empirical Study* (Lexington, Mass.: Lexington Books 1975), pp. 7-15.
- (24) J. Hart, *The New International Economic Order* (New York: Macmillan 1983), p. 100.
- (25) W. Wriggins, "Third World Strategies for Change: The Political Context of North-South Interdependence", in W. Wriggins and G. Adler-Karlsson, *Reducing Global Inequities* (New York: MacMillan 1978), p. 40; B. Korany, *Social Change, Charisma, and International Behavior: Toward a Theory of Foreign Policymaking in the Third World* (Leiden: A. W. Sijthoff, 1976), p. 86; R. Good, "State Building as a Determinant of Foreign Policy in New States", in L. Martin, ed., *Neutrality and Nonalignment* (New York: Praeger 1962), p. 7. See J. Rosenau, "Pre-Theories and Theories of Foreign Policy", in R. Farrell, ed., *Approaches to Comparative and International Politics* (Evanston, Ill.: Northwestern University Press, 1976) for a discussion of idiosyncratic factors.
- (26) R. Packenham, *Liberal America and the Third World* (Princeton: Princeton University Press, 1973), p. 41; R. Good, Op. cit., p. 5; R. Rothstein, *The Weak in the World of the Strong* (New York: Columbia University Press, 1977), pp. 75-76, 110.
- (27) This pattern of behavior does not occur in all Third World countries at all times. Many LDC leaders have shied away from a vocal defense of the NIEO, but none have strongly allied themselves with the North in defending the extant order. For the argument presented here it is only necessary to note that personalistic leadership and the widespread acceptance of dependency formulations are structural incentives that encourage attacks on the liberal international order.
- (28) For a discussion of Korea's implementation of more liberal international economic policies see A. Krueger, *Foreign Trade Regimes and Economic Development: Liberalization Attempts and Consequences* (Cambridge, Mass.: Ballinger, 1978), Chapter 2. For the underlying characteristics of the Korean political economy, especially the leading role played by the state, see S. Haggard and C. Moon, "The South Korean State in the International Economy", in J. Ruggie, ed., *The Antinomies of Interdependence* (New York: Columbia University Press, 1983). B. Cumings, "The Origins of the Northeast Asia Political Economy", *International Organization* 38 (Winter 1984) offers an illuminating discussion of Taiwan, South Korea, and Japan. For a description of Hong Kong see *World Business Weekly* (London), August 25, 1980, pp. 29-37.
- (29) *Figures from the World Bank, World Tables, Third Edition, Vol. 1* (Washington, D.C.: 1983), pp. 486, 488, 495, and 497.
- (30) *Ibid.*, pp. 486-491.

Stephen D. Krasner
 Department of Polit. Science
 Stanford University
 Stanford, Cal. 94305

Hartmut Elsenhans

RENTE, STRUKTURELLE HETEROGENITÄT UND STAAT: ENTWICKLUNGSPERSPEKTIVEN DER STAATSKLASSEN IN DER DRITTEN WELT

Die Entwicklungspolitik war lange Zeit durch die Vorstellung bestimmt, mit politischen Mitteln unter Einsatz von Entwicklungsverwaltungen die Strukturdefekte unterentwickelter Länder beseitigen zu können. Dieser Ansatz ist Ausdruck keynesianischer Überlegungen zur Wachstumstheorie und Folge der Erschütterung des Vertrauens in die Selbstheilungskräfte des Marktes seit den 30er Jahren dieses Jahrhunderts. Entwicklungspolitik ist also eng verknüpft mit dem Versagen liberaler Vorstellungen in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Nicht zufällig sind deshalb die ersten bahnbrechenden Arbeiten zur aufholenden Industrialisierung rückständiger Länder keineswegs im Zusammenhang mit dem heutigen Süden entstanden. Hirschmans (1) Analyse des Zusammenhangs zwischen Handel und Macht in Mitteleuropa hatte zum Thema, wie das nationalsozialistische Deutschland durch relativ gute Absatzmöglichkeiten für Rohstoffe und die Verminderung von Anreizen zur Industrialisierung die ostmitteleuropäischen Länder von sich abhängig machte und sich dadurch die wirtschaftliche und geostrategische Basis für die Anfangserfolge im Zweiten Weltkrieg schuf. Rodenstein-Rodans (2) Grundlegung der Theorie wirtschaftlicher Modernisierung, gegenüber der die Kontroversen über gleichgewichtiges und ungleichgewichtiges Wachstum nur als Konflikte über Methoden nachholender Industrialisierung anzusehen sind, fragte nach den Möglichkeiten zur Industrialisierung Ostmitteleuropas. Entwicklungspolitik ist also zunächst entstanden aus der Überzeugung, daß wirtschaftliche Rückständigkeit friedensgefährdend sei und mit staatlichen Mitteln überwunden werden könne. Ähnlichen Motiven folgt ihre Übertragung auf die Länder des Südens. Der Verfall der Rohstoffpreise schon vor, aber vor allem während der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre und der Rückgang der Kapalexporte in die Länder des Südens während der Zwischenkriegszeit zeigten, daß es keine Automatik des wirtschaftlichen Wachstums in den kolonialabhängigen Ländern gab. In den "teilmodernisierten" Gesellschaften des Südens waren durch marktorientierte Bauern und (in nach westlichem Muster aufgebauten Schulen) ausgebildeten "Mittelklassen" in Verbindung

mit dem Kolonialsystem Schichten entstanden, die eine Verbesserung der sozialen und der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung der Länder Asiens und Afrikas verlangten. Die Kolonialmächte reagierten darauf mit staatlichen Maßnahmen zur Förderung von Industrie und Landwirtschaft und zur Verbesserung der Infrastruktur. Noch akzentuierter entwickelten die politisch unabhängigen Länder des Südens (v.a. in Lateinamerika) staatlich implementierte Strategien zur Ersetzung bisher importierter Industrieprodukte (Importsubstitution). Es ist deshalb abwegig, im Wachstum des staatlichen Sektors in der Dritten Welt ein vorkoloniales und von der Dominanz des kapitalistischen Weltsystems abtrennbares Erbe zu sehen. Die nach dem Zweiten Weltkrieg, v.a. seit den 60er Jahren verstärkt einsetzende Entwicklungspolitik ist vielmehr Folge der seit den 30er Jahren immer deutlicher hervortretenden Unmöglichkeit, im Rahmen der Eingliederung in den Weltmarkt im Süden ausreichende und angemessene Beschäftigungsmöglichkeiten für die Masse der Bevölkerung zu schaffen. Diese Einsicht war neu: Bis zu dieser Zeit beklagten sich die Europäer über einen Mangel an Arbeitskräften v.a. in Afrika und sahen die (noch) rohstoffreichen Länder des Südens eher als wohlhabend an.

Der Vorstellung, man könne das Wirtschaftswachstum in den Ländern des Südens mittels staatlicher Verwaltung fördern, liegt die Webersche Auffassung zugrunde, daß Bürokratien rational handelten, also auf Ziele wie die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung verpflichtet werden könnten. Viel wissenschaftliche Energie ist deshalb auf die Probleme der Steigerung der Effizienz von Verwaltungen in Entwicklungsländern verwendet worden. Nur recht langsam hat sich dabei die Erkenntnis durchgesetzt, daß der beklagte Mangel an Effektivität nicht in Faktoren innerhalb der Verwaltung, sondern in der Fülle der ihr übertragenen Aufgaben und in ihrer Stellung gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen zu suchen ist (3).

Die Enttäuschung über die begrenzten, obgleich beachtenswerten Erfolge von vier Jahrzehnten Entwicklungspolitik (z.B. im Vergleich zu den Industrieländern des 19. Jahrhunderts hohe Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts trotz Arbeitslosigkeit), spektakuläres Wirtschaftswachstum in einigen wenigen weltmarktorientierten industrialisierenden Ländern und die allgemeine Krise der keynesianischen Globalsteuerung in den westlichen Industrieländern haben zur Folge, daß der Staat in der Dritten Welt zunehmend kritisiert wird. Liberale Autoren wie P. T. Bauer (4) sehen sich in ihrer frühzeitigen Kritik bestätigt.

Marxistische Autoren (5) entdecken wieder die Akkumulationsautomatik des Kapitalismus. Beide Seiten rechtfertigen die von den westlichen Industrieländern bilateral und in den von ihnen dominierten multilateralen Entwicklungsagenturen vorgetragene Forderung nach weniger Staat.

Ich habe selbst die Ineffizienz der Staatsklassen kritisiert (6), die die bürokratischen Entwicklungsgesellschaften der heutigen Dritten Welt dominieren. Diese Kritik stellt aber die mögliche, allerdings nie gesicherte progressive Rolle dieser Staatsklassen für die Überwindung von Unterentwicklung nicht grundsätzlich in Frage. Im folgenden will ich deshalb nicht der fruchtlosen Kontroverse "ob mehr Staat" oder "mehr Markt" nachgehen, sondern zeigen, warum Staatsklassen in der Dritten Welt notwendig sind und weshalb sie solche Schwierigkeiten bei der Förderung von Wirtschaftswachstum haben.

Strukturelle Heterogenität und das Auftreten von Renten

Jenseits aller Kritik und Befürwortung des Marktes als mikroökonomischem Allokations- und makroökonomischem Steuerungsmechanismus besteht Einigkeit über einige wenige Grundvoraussetzungen der Marktwirtschaft.

- Es muß Faktormärkte geben, auf denen Unternehmer so lange Produktionsfaktoren nachfragen, bis deren Grenzertrag unter den Grenzerlös sinkt. Die Grenzerträge gleichen sich durch Wettbewerb aus.
- Es muß Gütermärkte geben, auf denen Unternehmen im Wettbewerb Produkte anbieten. Sie steigern die Produktion so lange, wie die Marktpreise über den Grenzkosten der Produktion liegen, also pro zusätzlich produzierter Einheit noch verdient wird.
- Über Wettbewerb auf den Faktor- und Gütermärkten gleichen sich die Erlöse pro eingesetzten Produktionsfaktoren aus, da sonst Unternehmen die Produktion von Gütern mit geringen Verdienstmöglichkeiten drosseln und die Produktion rentablerer Güter ausweiten würden mit der Folge, daß sich entsprechend dieser Veränderungen der Einsatz von Produktionsfaktoren verschiebt und die relativen Preise auf den Gütermärkten sich verändern.

Diese für liberale Ökonomen selbstverständlichen Annahmen liegen auch der Marxschen Analyse der Bildung von Produktionspreisen zugrunde (7).

Ich behaupte nun, daß unterentwickelte Gesellschaften einen solchen Gleichgewichtsstand nur unter Bedingungen erreichen können, die nicht akzeptable wirtschaftliche und politische Folgen haben. Zunächst gehe ich

von der weiter nicht zu begründenden These aus, daß die industrielle Entwicklung im Weltmaßstab ungleichzeitig war. Die westlichen Industrieländer haben aus vielerlei hier nicht zu erörternden Gründen einen erheblichen Vorsprung. Er beruht sicher nicht primär auf der Ausbeutung der Dritten Welt. Unter der Bedingung eines solchen Vorsprungs ergeben sich für rückständige Länder folgende Spezialisierungsvorteile, die sie durchaus genutzt haben und nutzen:

- Dem Wachstum der Produktivität im Bergbau (einschließlich Erdöl) wirkt die Erschöpfung der kostengünstigen "reichen" Lager entgegen. Die Dritte Welt verfügt länger als die Industrieländer über solche Lager, da zunächst die geographisch den Zentren der Industrie nahen "reichen" Lager abgebaut wurden.
- Das Wachstum der Einkommen in den Industrieländern schafft dort neue Bedürfnisse. Diese führen teilweise zu Nachfrage nach Agrarprodukten aus der Dritten Welt (Kaffee, Tee).
- Das Wachstum der Einkommen in den Industrieländern entsprechend dem Wachstum der durchschnittlichen Produktivität (Stichwort: produktivitätsorientierte Lohnpolitik) hat zur Folge, daß in Branchen mit unterdurchschnittlicher Produktivitätssteigerung die Stückkosten steigen. Die Wechselkurse - und damit der internationale Preis von Arbeitskraft - spiegeln wenigstens im langfristigen Trend die Differenz der Arbeitsproduktivität wider. Sonst würde eine produktivere Wirtschaft laufend Handelsbilanzüberschüsse erzielen. Wegen des ungleichen Wachstums der Produktivität in verschiedenen Branchen in den Industrieländern und wegen der nach Produktionsverfahren unterschiedlichen Kosten des Technologietransfers erhalten die Länder der Dritten Welt Wettbewerbsvorteile in der Produktion von Industriegütern, bei denen die Produktivität in den Industrieländern langsamer als im Durchschnitt wächst oder bei denen die Übertragung von Technologie relativ billig ist.

Zwei Folgen erheben sich: Die Produktivität, gemessen am Erlös der durch Spezialisierung exportierbaren Güter und dem Gesamtpreis der eingesetzten Produktionsfaktoren, wird bei einem hohen technischen Rückstand in den Exportsektoren im Regelfall höher sein als die Produktivität in den für den Binnenmarkt produzierenden Branchen, solange der Süden nicht die Produktion der betreffenden Exportprodukte bei sinkenden Weltmarktpreisen ausweitet. Da der Produktivitätsvorsprung der Industrieländer auf ihrer Technologie beruht, wird zudem in einer Vielzahl

von Fällen die Anwendung importierter Technologie kostengünstiger sein, als die lokale Produktion von Maschinen, es sei denn, der Süden würde den Preis seiner Arbeitskraft so weit abwerten, daß das Leistungs-Kosten-Verhältnis seiner möglichen Maschinenproduktion günstiger als das Leistungs-Kosten-Verhältnis importierter Maschinen wird (8). Da technischer Fortschritt in der Einsparung von Kosten durch bessere Maschinen besteht, ist der Rückstand der Produktivität des Südens bei der Produktion von Maschinen höher als bei der Anwendung von Maschinen: Der Anwender moderner Maschinen profitiert davon, daß die Kosten der Maschinen im Verhältnis zu ihrer Leistung gesunken sind. Er nimmt am technischen Fortschritt in den Industrieländern durch sinkende Maschinenkosten teil. Ein technisch rückständiger Produzent von Maschinen muß erst die Lernkosten technischer Entwicklung zahlen. Er kann nur durch Imitation vom technischen Fortschritt in den Industrieländern profitieren.

Nur bei ausreichender Absenkung des Wechselkurses wird die Rentabilität des Exportsektors auf das Niveau der binnenmarktorientierten Branchen sinken. Nur bei noch stärkerer Abwertung wird die lokale Produktion von Maschinen rentabel. Die Höhe der Abwertung hängt von der Preiselastizität der Nachfrage und von der Einkommenselastizität der Nachfrage für die Produkte des Südens auf den Märkten der westlichen Industrieländer ab. Diese Elastizitäten sind gering: der Anteil der Rohstoffe an der Wertschöpfung sinkt in den westlichen Industrieländern, der Anteil der Agrarprodukte am Verbrauch der Haushalte ebenso. Arbeitsintensiv oder mit standardisierter Technologie gefertigte Produktionsgüter sind im Regelfall ausgereifte Produkte und nicht die neuen Güter, für die man mit rasch wachsenden Märkten in den westlichen Industrieländern rechnen kann, auch wenn die Exporte der Entwicklungsländer hier vorübergehend durch Niederkonkurrierung einer angesichts der Lohnkosten in den Industrieländern nicht mehr wettbewerbsfähigen Produktion zunächst rasch wachsen können.

Komparative Nachteile bei der Technologieproduktion und im Verhältnis zu den Erlösen binnenmarktorientierter Branchen hohe Exporterlöse haben zur Folge, daß die Entwicklungsländer die eigene Produktion von Investitionsgütern, v.a. von Maschinen über lange Zeit vernachlässigt haben, mit der Folge, daß sie in diesen Bereichen sogar durch den Verlust ursprünglich vorhandener Kenntnisse (Handwerk, Werkzeugproduktion) gegenüber den Industrieländern weiter zurückfielen. Die Folge des

skizzierten Musters der Spezialisierung ist, daß der Abstand in der Produktion verschiedener Güter unterschiedlich groß ist, bei der Produktion eigener Maschinen am höchsten ist und Vollbeschäftigung nur erreicht werden kann, wenn entweder der Preis der bisher konkurrenzfähigen Produkte (damit der Absatz wächst) oder der Preis der lokalen Produktionsfaktoren (damit bisher noch nicht wettbewerbsfähige Produktionen aufgenommen werden können) stark gesenkt wird. Man kann Modelle konstruieren, nach denen dabei die Devisenerlöse sinken (9).

Die höhere Rentabilität der Exportproduktion gegenüber der binnenmarktorientierten Produktion und damit auch die höhere Rentabilität des Einsatzes importierter gegenüber lokalen Maschinen ist Folge der hohen Produktivität in den Industrieländern, weil dort Haushalte für Produkte aus der Dritten Welt eben relativ hohe Preise zahlen können. Würden die Industrieländer nicht existieren, dann könnten die unterentwickelten Länder keine Exportsektoren mit im Vergleich zu den binnenmarktorientierten Produktionszweigen hoher Rentabilität aufweisen.

Die herrschenden Klassen in den Entwicklungsländern haben frühzeitig versucht, durch Produktionsbeschränkung diese höhere Rentabilität zu verteidigen. Sie eignen sich dabei eine Rente an, nämlich ein Einkommen, das nicht für die Bezahlung der Arbeiter, der Vorprodukte, der abzuschreibenden Maschinen und die Entlohnung (Verzinsung des eingesetzten Kapitals) benötigt wird. Es gibt vielfältige Formen der Aneignung von Renten: Exportsteuern, Staatsunternehmen oder hohe Wechselkurse, durch die importierte Waren gegenüber lokal produzierten und gegenüber den exportierten Waren verbilligt werden. Der Kampf um die Rente ist die Arena des Konflikts zwischen dem Süden und dem Westen. Die herrschenden Klassen des Südens haben durch die Aneignung der Rente teil am Wachstum der Produktivität im Westen. Zur Aneignung der Rente müssen sie sich zentralisieren, also die Konkurrenz beschränken.

Mit der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung im Westen und im Süden geht eine ungleiche politische Entwicklung einher. Im Süden müssen die Mitglieder der herrschenden Klasse sich nicht durch technische Innovation am Markt durchsetzen, sondern zentralistische Strukturen aufbauen. Die Staatsklassen der bürokratischen Entwicklungsgesellschaften im Süden sind Form und Folge dieses Zentralisierungsprozesses.

Die Verwendung von Renten und ihre ökonomischen Folgen

Die Aneignung von Renten kann einhergehen mit einer Verbesserung und einer Verschlechterung der Terms of Trade. Ähnlich der Diskussion über die Rente ist aber im Zusammenhang mit den "Terms of Trade" frühzeitig gezeigt worden, daß sich verbessernde Terms of Trade in einer Verschlechterung der Wachstumsmöglichkeiten (begrenzte Anreize zur Diversifizierung der Produktion) niederschlagen können (10).

Ein hoher Anteil von Renten am Volkseinkommen kann unterschiedliche ökonomische und politische Folgen haben.

- In einem industriell rückständigen Land wird die Verfügung über Renten zur weiteren Deindustrialisierung führen (11), wenn keine politischen Gegenmaßnahmen getroffen werden. Importierte Industrieprodukte sind billiger als lokal produzierte. Solange der Exportsektor floriert, wird man auf den Aufbau einer lokalen Industrie verzichten. Sinken die Exporterlöse, wird vielleicht industrialisiert - allerdings, um die Kosten niedrig zu halten, mit importierter Technologie.
- Renten fördern die Einkommenskonzentration, weil die zu ihrer Aneignung notwendige Zentralisierung den nivellierenden Tendenzen entgegenwirkt, die sich durch Marktkonkurrenz und Machtstreuung ergeben. Renten können dann für Luxuskonsum ausgegeben werden. Obwohl dies im Regelfall als Vergeudung der Rente anzusehen ist, kann dadurch Wachstum durchaus gefördert werden. Wenn Renten für den Import von Luxuskonsumgütern ausgegeben werden und die Privilegierten auf die lokale Produktion von Prestigegütern verzichten und gleichzeitig wachsende Masseneinkommen hinnehmen, werden Produktionsfaktoren möglicherweise für industrielles Wachstum freigesetzt. Dies scheint für den Fall der englisch-indischen Beziehungen des 18. Jahrhunderts zuzutreffen: Indien lieferte den Privilegierten in England feine asiatische Waren (12). Steigende Masseneinkommen in England bedrohten weder ihr Prestige noch ihre Ansprüche auf ihre Teile des Bruttosozialprodukts. Dazu wäre aber heute notwendig, daß die Produktionsapparate in der Dritten Welt über ausreichende Kapazitäten für wachsende Masseneinkommen verfügten und die oberen Einkommensschichten ihre Konsumansprüche begrenzten. Sobald aber laufend zur Finanzierung von Wachstum und Luxuskonsum die unteren Einkommensschichten weiter ausgepreßt werden, können sich Massenmärkte für lokale Industrieprodukte nicht bilden.
- Die Umverteilung der Rente auf die Masse der Bevölkerung, z.T. durch

eine egalitäre Bodenverteilung wie in den USA, Kanada, Australien oder Nordeuropa im 19. Jahrhundert, kann zur Bildung eines breiten Binnenmarktes für Industriegüter führen. Allerdings darf dann die Differenz zwischen der Produktivität in der Exportproduktion und der Produktivität in der (binnenmarktorientierten) Industriegüterproduktion nicht allzugroß sein. Höhere Masseneinkommen, vermittelt über den Exportsektor, erhöhen auch die Kosten der Ware Arbeitskraft im binnenmarktorientierten Sektor.

Im 19. Jahrhundert boten noch hohe Transportkosten im Verhältnis zu den Güterkosten der heimischen Industrie Schutz. Dennoch haben alle genannten Länder die höhere Produktivität im Exportsektor im Verhältnis zu den binnenmarktorientierten Sektoren durch Zölle auf Rohstoffe, Importzölle auf verarbeitete Produkte und durch Verarbeitungsgebote auszugleichen versucht. Angesichts des sehr viel höheren Rückstand der heutigen Dritten Welt dürfte eine Umverteilung von Renten in vielen Ländern nur zu vermehrten Importen, nun eben für die unteren Einkommensschichten, führen.

- Renten können zur Finanzierung von Wirtschaftswachstum durch Investitionsgüterimporte verwendet werden. Zunächst erscheint dies als die am meisten Wirtschaftswachstum fördernde Form der Nutzung von Renten. Wenn solche Maschinenimporte nicht mit einer Technologiepolitik verknüpft werden, deren Ziel der Aufbau einer lokalen technischen Basis mit wachsendem Anteil an der Versorgung der Wirtschaft mit Ersatzteilen, Reparaturleistungen und Maschinen ist, dann können solche Importe langfristig Wirtschaftswachstum behindern. Mit importierter Technologie produzierende Unternehmen verdrängen die Produktion von Unternehmen, die mit lokaler Technologie produzieren, und zerstören zunächst vorhandene Märkte für die lokale Technologieproduktion, die - selbst wenn sie rückständig sein sollte - eine notwendige Ausgangsbasis für die Übernahme moderner Technologie darstellt.

Der Import von Investitionsgütern ist die zumindest am häufigsten diskutierte Art der Verwendung von Renten durch Staatsklassen in der heutigen Dritten Welt. Über die Konsumgüter (Autos, Kühlschränke, Fernsehgeräte, Privatflugzeuge) und über die Waffen, die in der Warengruppe "Maschinen und Transportausrüstungen" enthalten sind, wird weniger geredet (13). Trotz dieser Abstriche ist aber einzuräumen, daß die Staatsklassen in der heutigen Dritten Welt den Anspruch erheben, eine jeweils unterschiedlich konzipierte Entwicklungsstrategie zu verfolgen, von

der man behauptet, sie läge derzeit im Interesse der Massen oder führe zu einem unterschiedlich weit entrückten Zeitpunkt zur Beseitigung von Elend. Gerade aufgrund dieser Orientierung an Entwicklung werden vermehrte Ressourcentransfers aus dem Westen an den Süden verlangt und gerechtfertigt. Die Verwendung von Renten für die Finanzierung von Investitionen, die private Investoren wegen nicht ausreichender Rentabilität nicht durchführen wollen (z.B. wegen großem Produktivitätsrückstand gegenüber den Industrieländern in der betreffenden Branche) stellt den Versuch dar, letztlich strukturelle Heterogenität zu überwinden, indem die Qualität der Produktionsfaktoren verbessert und der Rückstand der Produktivität gegenüber den Industrieländern vermindert wird. Die Methoden des Aufholens sind unterschiedlich. Sie werden stark beeinflußt durch wachstumstheoretische Lehrmeinungen, die von der Akkumulation von Kapital (also vom Kauf von Ausrüstungsgütern) die Überwindung von Unterentwicklung erwarten. Gerade weil im modernen Sektor der (mit importierten Investitionsgütern produzierenden) Industrie der Wachstumsmotor gesehen wird, dessen häufig für die Masse der Bevölkerung unerschwinglichen Produkte den Konsumwünschen auch der Staatsklassen entsprechen, betreiben diese oft Importsubstitutionsindustrialisierung mit moderner ausländischer Technologie in unterschiedlichen Formen der Kooperation mit ausländischen Firmen. Gerade radikale nationalistische Staatsklassen drängen diese Firmen auf die Rolle eines Verkäufers von Maschinen zurück, der im Gegensatz zu einem im Lande investierenden Unternehmen nahezu keine Verantwortung für die gute Leistung der verkauften Technologie übernimmt. Bei dieser Art eines modernen Industriesektors sind die lokalen Märkte oft für einzelne Produkte klein, die Produktionskosten meist hoch und Möglichkeiten zur Vernetzung mit einer lokalen Technologieproduktion im Regelfall gering. Selbst Vorprodukte und Rohstoffe müssen aus dem Ausland bezogen werden, und zwar sowohl im Fall von Töchtern multinationaler Unternehmen, als auch im Fall von Staatsunternehmen. Die vielfältigen Widersprüche einer mit Ungleichheit der Einkommensverteilung verknüpften importsubstituierenden Industrialisierung sind inzwischen wohlbekannt.

Eine Veränderung der Produktivitätsrückstände gegenüber den Industrieländern wird allerdings nicht nur in der Form der importsubstituierenden Industrialisierung von Staatsklassen in der Dritten Welt angestrebt. Bekannt sind die Forderungen der Entwicklungsländer nach Weiterverarbeitung ihrer Rohstoffe im eigenen Land, auch wenn dies teurer sein sollte als die Weiterverarbeitung in einem Industrieland. An der Subventionierung der

arabischen Petrochemie durch Erdgaspreise erheblich unter dem Weltmarktpreis wird die Benutzung der Rente aus dem wettbewerbsfähigen Sektor (Erdgas) zum Ausgleich von Produktivitätsrückständen (Petrochemie) deutlich. Aber auch die Paradebeispiele der exportorientierten Industrialisierung erweisen sich bei genauer Betrachtung als schlechte Zeugen für die Anhänger von "weniger Staat" in der Dritten Welt. In drei von vier Fällen der exportorientierten ostasiatischen Schwellenländer hat der Staat eine wichtige Rolle für die Ausgestaltung der voranschreitenden exportorientierten Industrialisierung gespielt. In Hongkong versteigert der Staat Exportkontingente und verschafft sich damit Einkommen zur Förderung der Diversifizierung (14). In Singapur (15) verteuert der Staat billige unqualifizierte Arbeit und subventioniert qualifiziertere, die jedoch gegenüber den Konkurrenten Singapurs noch nicht wettbewerbsfähig ist. Die entscheidende Rolle des Staats bei der exportorientierten Industrialisierung Taiwans und Koreas (16) (die hierzulande fälschlicherweise als völlig gleichartige Entwicklungsmodelle gesehen werden) ist hinlänglich belegt (17).

Auch bei der Aneignung von Renten aus Branchen mit relativ geringen Produktivitätsrückständen zur Finanzierung des Aufholens in Branchen mit größeren Produktivitätsrückständen handelt es sich um die für bürokratische Entwicklungsgesellschaften typische Lenkung der Investitionen durch mehr oder weniger präzise oder konsistente staatliche Pläne (anstelle der Orientierung an erwarteten zukünftigen Profitraten).

Exportorientierte Industrialisierung mit staatlicher Umlenkung der Rente und importsubstituierende Industrialisierung aufgrund von Renteneinnahmen weisen dem Staat die Aufgabe zu, Marktunvollkommenheiten aufgrund von Strukturdefiziten zu korrigieren. Dem liegt die These zugrunde, daß kurzfristig die private betriebswirtschaftliche Rentabilität entweder niedriger ist als die betriebswirtschaftliche Rentabilität im Fall der erfolgreichen Durchführung komplementärer Maßnahmen (z.B. Rentabilität der Drehbankproduktion bei Produktionsausweitung der metallverarbeitenden Industrie) oder niedriger ist als die gesamtwirtschaftliche Rentabilität (z.B. wegen nicht bezahlter Ausbildungseffekte durch ein Projekt oder eine Produktionsanlage). Behauptet wird dann, daß zumindest langfristig durch Veränderung der Faktorausstattung statt einer Orientierung an der Faktorausstattung die Stellung in der internationalen Arbeitsteilung verbessert werden kann.

Dabei hat die Verwendung der Rente zur Gewinnung von Konkurrenzfähigkeit bei "technologisch anspruchsvolleren" Produkten auf dem Weltmarkt zur Folge, daß betriebswirtschaftliche Rentabilitätskriterien, wenn nicht in die kurzfristige (sonst bräuhete der Staat gar nicht einzugreifen), so doch in die mittelfristige Perspektive nachhaltiger einbezogen werden müssen als im Fall der importsubstituierenden Industrialisierung.

Vertikalität, Viskosität, Kommunikation

Als historische Aufgabe der Staatsklassen, an der sie selbstverständlich scheitern können, oder die sie vielleicht im doppelten Wortsinn gar nicht wahrnehmen, habe ich die Nutzung sonst nicht verfügbarer oder nicht für Investitionen genutzter finanzieller Ressourcen, z.B. Renten, zur Transformation der Wirtschaftsstruktur unterentwickelter Länder bezeichnet. Diese Transformation können wir als Versuch zur Veränderung der Faktorausstattung definieren. Wir können dann Staatsklassen unter dem Gesichtspunkt klassifizieren, auf welchen Wegen und auf welchen Bereichen sie dieses Ziel anstreben.

Es entspricht der Technologiegläubigkeit von Staatsklassen und ihrer relativen Distanz zum Produktionsprozeß, daß sie technischen Fortschritt nicht als Kuppelprodukt der lokalen Produktion von Maschinen begreifen, bei dem Arbeiter und Ingenieure in der Produktion Fertigkeiten erwerben, die ihnen die Verbesserung der Maschinen und das Lernen vom fortgeschrittenen Ausland erlauben. Der geringe Stellenwert von Berufsschulen gegenüber allgemeinbildenden Schulen gehört zur Praxis des Konsums importierter Maschinen.

Eine einfache Überlegung zeigt aber, daß die Verbesserung der Faktorausstattung letztlich nur durch die Qualifikation der Arbeiter und Ingenieure in der Maschinenproduktion zu erreichen ist. Wenn dort Fertigkeiten entstanden sind, können maschinenanwendende Branchen mit Ausrüstungsgütern versorgt werden. Wachsende Märkte für Maschinen führen zu einer steigenden Maschinenproduktion, in der technische Neuerungen eingeführt und Erfindungen gemacht werden können. Man kann also zumindest zwischen Staatsklassen unterscheiden, die nur importierte Technologie konsumieren, und solchen, die einen tatsächlichen Technologietransfer durchführen.

Rente ist ein Einkommen, das nicht auf Innovation beruht und nicht auf eine wirtschaftlich "bewertete" Leistung des Einkommensempfängers

zurückzuführen ist. Die Folge ist, daß die Staatsklasse bei der Verwendung der Rente keinen ökonomischen Kontrollmechanismen unterworfen ist. Man kann einem Unternehmen nicht Mißwirtschaft vorwerfen, das mit staatlichen Subventionen in einer abgelegenen ländlichen Gegend mit unqualifizierten Arbeitskräften eine Ackerschlepperproduktion aufbauen soll, die kurzfristig offensichtlich nur zu Produktionskosten möglich ist, bei denen diese Schlepper nicht verkauft werden können. Die Staatsklassen (auch in den weltmarktorientierten Ländern) haben bewußt in kurz- und oft mittelfristig unrentable Projekte investiert. Die damit ausgelöste Verschuldungsindustrialisierung (19) hat nicht deshalb so dramatische Formen angenommen (20), weil in unrentable Projekte investiert worden ist, sondern weil diese Projekte nicht in die Gewinnzone gekommen sind, und zwar aus Gründen, die heute der Staatsklasse angelastet werden.

In einer Kritik des Verhaltens von Staatsklassen bürokratischer Entwicklungsgesellschaften will ich drei Aspekte herausgreifen, nämlich die Begrenzung von Wachstumsanreizen durch Vorherrschen vertikaler statt horizontaler Interaktionsmuster, ein generalisierter Kampf um die Rente, durch die eine gewisse Viskosität der Gesellschaft erreicht wird, und ein hoher Grad an Ungenauigkeit der Kommunikation.

Daß Staatsklassen Klientelbeziehungen mit anderen Klassen unterhalten, damit Patronagesysteme errichten und die Organisationen anderer Klassen in diese vertikalen Strukturen einbauen, ist gut belegt. Innerhalb dieser allgemeinen Tendenz behindert folgender Zusammenhang in besonderem Maße ein Wachstum der Produktion. Unternehmer, Arbeiter und Bauern können ohne eigenständige Organisationen ihre Interessen nur im Rahmen der Klientelbeziehungen artikulieren. Diese Klientel- und Patronagesysteme entsprechen nicht den neokorporatistischen Strukturen, die am Beispiel westlicher Industrieländer untersucht werden (21), weil in der Dritten Welt nicht gleichberechtigte Organisationen miteinander Kompromisse aushandeln, sondern alle Organisationen von der Staatsklasse dominiert werden. Druck auf Verwendung der Renteneinnahmen zu effizient durchgeführten Investitionen für Massenkonsum oder für Investitionsgüter und Vorprodukte für die Landwirtschaft können Arbeiter und Bauern nur in Koalitionen mit Segmenten von Staatsklassen unter deren meist gleichzeitig abwieglerischen Leitung ausüben. Öffentliche und private Unternehmer können gegen bürokratische Behinderung der Produktion im Einzelfall vorgehen, meist durch Ausnutzung ihrer persönlichen Kontakte, nicht aber produktionsbehindernde Regelungen öffentlich anprangern.

Investitionen zur nachholenden Industrialisierung mit der Aufgabe für die Unternehmen, ihre regionale und soziale Umwelt zu verändern, z.B. die Qualifikation der Arbeiter anzuheben, führen zu sehr unterschiedlichen Kostenniveaus bei der Produktion sogar vergleichbarer Produkte. Die Knappheit einzelner Produkte gibt zudem je nach Preiselastizität der Nachfrage verschiedenen Unternehmen unterschiedliche Spielräume für die Überwälzung ihrer Kosten, auf die dann zentrale staatliche Institutionen mit Preiskontrollen reagieren können. Dann hängt die betriebswirtschaftliche Situation von Unternehmen letztlich von Importlizenzen, Devisen, Preiskontrolleuren etc. ab und ist je nach der Qualität der importierten Technologie im Vergleich zur Konkurrenz verschieden. Die Rente, mit der für ein Unternehmen besonders moderne Ausrüstungsgüter gekauft wurden, die anderen Unternehmen verwehrt werden, wird zu einem offenen (oder bei staatlichen Regelungen zu gleicher Entlohnung gleich qualifizierter Arbeit) versteckten Einkommen der Arbeiter in den begünstigten Unternehmen, oft durch Verzicht auf die gerade in Frühphasen der Industrialisierung schwer durchzusetzende Arbeitsplatzdisziplin. Die Reduktion der Beziehungen zwischen Lohnarbeit und Kapital in kapitalistischen Gesellschaften auf Verteilungsprobleme hat zur Folge, daß die Arbeiter im wesentlichen nachfragewirksame Vorteile aushandeln können, auf die die Unternehmer im wesentlichen nur durch Produktivitätssteigerung antworten können. In bürokratischen Entwicklungsgesellschaften kann der Vorteil der Arbeiter in der Ausweitung der Beschäftigung ohne Ausweitung der Produktion, in der Ausweitung der Fehlzeiten und in der Einrechnung des Transports in die Arbeitszeit liegen, wobei sich das Management in den jeweils produktiveren Unternehmen den Betriebsrat durch Teilhabe der Arbeiter an der Rente erkauft.

Eine Gesellschaft, in der wirtschaftlicher und politischer Erfolg von den Beziehungen zu Personen in Klientelsystemen abhängt, fördert einen hohen Grad der Ungenauigkeit der Kommunikation. Beziehungen müssen gepflegt werden. Seit Menschengedenken neigen wir dazu, den Überbringer einer schlechten Nachricht für diese selbst verantwortlich zu machen. Genauso wird man nicht auf einen zu genauen Einblick in Angelegenheiten bestehen, für die eine Person zuständig ist, deren Wohlwollen man später nötig haben könnte. Auch in der gesellschaftlichen Kommunikation wird "Vermeidung von Verletzbarkeit" der "Genauigkeit" vorgezogen. Die häufig zitierte "Angst vor Gesichtsverlust" ist vielleicht in dem Sinne eine Eigenschaft von Asiaten so wie die asiatische Produktionsweise: Beide sind den Europäern zuerst in

Asien aufgefallen, sind aber normale Verhaltensmuster bzw. Normalfall der gesellschaftlichen Differenzierung weltweit. Die geringe Sichtbarkeit der "Angst vor Gesichtsverlust" in europäischen Gesellschaften ist ein Sonderfall, wie der Übergang zu Feudalismus und Kapitalismus. Hier stimme ich Polanyis Theorie zu (23), daß Marktsteuerung, Märkte und generalisierter Tausch nicht Normalfall gesellschaftlicher Steuerung, sondern daß dies Reziprozität und Anerkennung sind. Nur vermute ich, daß allein die Konkurrenz der Mitglieder einer fraktionierten Kapitalistenklasse in Teilen Europas und Nordamerikas zwang, präzise zu kommunizieren, selbst um den Preis des Gesichtsverlustes, weil ohne ein solches Einüben in Mißerfolg die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt gefährdet worden wäre.

Hier besteht eine Forschungslücke: Von der Seite der Politikwissenschaft wurde im Bereich der Verknüpfung von Ökonomie und Politik die für Dritte-Welt-Forschung notwendige Interdisziplinarität in den letzten 20 Jahren schrittweise wiederhergestellt. Aber ob bestimmte Interaktions- und Kommunikationsformen nicht zu spezifischen psychischen Charaktertypen führen, können wir nur vermuten. Die Erfahrungen, die wir bei empirischer Feldforschung in der Dritten Welt machen, belegen, daß ein hoher Anteil der Rente am Einkommen einen hohen Grad der Verletzbarkeit, eine starke Einfühlungsfähigkeit in die Verletzbarkeit von Kontaktpersonen und ein hohes Ausmaß der Ungenauigkeit in der Darstellung von Sachverhalten mit sich bringt.

Anmerkungen

- (1) Hirschman, Albert O.: *Nation Power and the Structure of Foreign Trade*. University of California Press, Berkeley 1945.
- (2) Rosenstein-Rodan, P. N.: *Problems of Industrialization of Eastern and South Eastern Europe*, in: *Economic Journal*, Jg. Nr. Juni - Sept. 1943, S. 202 - 211.
- (3) Vgl. z.B. Lefton, M./Rosengreen, W. R.: *Organizations and Clients: Lateral and Longitudinal Dimensions*, in: *American Sociological Review*, (31-6), 1966, S. 802 - 810. Benson, J. Kenneth: *The Interorganizational Network as a Political Economy*, in: *Administrative Science Quarterly*, (20-2), Juni 1975, S. 229 - 249. Riggs, Fred W.: *Administration in Developing Countries. The Theory of Prismatic Society*. Houghton Mifflin, Boston 1964.
- (4) Bauer, Peter Támás: *Equality, the Third World and Economic Delusion*. Harvard University Press, Cambridge 1981. Bauer, Peter Támás: *Reality and Rhetoric. Studies in the Economics of Development*, Weidenfeld & Nicolson, London 1984. Bauer, Peter Támás: *West African Trade*. Cambridge University Press, Cambridge 1954.
- (5) So z.B.: Warren, Bill: *Imperialism and Capitalist Industrialization*, in: *New Left Review*, Nr. 81, Sept./Okt. 1973, S. 3 - 44. Warren, Bill: *Imperialism - Pioneer of Capitalism*. NLB, London 1980. Emmanuel,

- Arghiri: *Angepaßte Technologie oder unterentwickelte Technologie*. Mit Diskussionsbeiträgen von Celso Furtado und Hartmut Elsenhans. Campus/IRM, Frankfurt 1984. Lall, Sanjaya: *Is Dependence a Useful Concept in Analysing Underdevelopment*, in: *World Development*, (2-11/12), Nov./Dez. 1975, S. 799 - 810. Ramos, Joseph: *An Heterodoxical Interpretation of the Employment Problem in Latin America*, in: *World Development*, (2-7), Juli 1974, S. 47 - 58.
- (6) Vgl. zuerst: Elsenhans, Hartmut: *Zur Rolle der Staatsklasse bei der Überwindung von Unterentwicklung*, in: Schmidt, Alfred (Hrsg.): *Strategien gegen Unterentwicklung. Zwischen Weltmarkt und Eigenständigkeit*. Campus, Frankfurt 1980, S. 250 - 265.
- (7) Dazu: Marx, Karl: *Das Kapital*, MEW 25, Berlin, verschiedene Jahre, S. 182 - 219.
- (8) Dazu: Elsenhans, Hartmut: *Der Mythos der Kapitalintensität und die notwendig falsche Technologiewahl der Entwicklungsländer*, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Technologie und internationale Entwicklung*. Nomos, Baden-Baden 1986, S. 273 - 289.
- (9) Z.B.: Chichilnisky, Graciela: *Terms of Trade and Domestic Distribution*, in: *Journal of Development Economics*, (8-2), 1981, S. 163 - 192.
- (10) Vgl. z.B.: Singer, H. W.: *US Foreign Investment in Underdeveloped Areas. The Distribution of Gains between Investing and Borrowing Countries*, in: *American Economic Review*, (40-2), Mai 1950, S. 473 - 485. Kindleberger, Charles P.: *Foreign Trade and Economic Growth. Lessons from Britain and France 1850 - 1913*, in: *Economic History Review*, (13-3), 1961, S. 300.
- (11) Vgl.: Kula, Witold: *Théorie économique du système féodal. Pour un modèle de l'économie polonaise, 16e - 18e siècles*. Mouton, Paris/Den Haag 1970, S. 96. Huertas, Thomas: *Damnifying Growth in the Antebellum South*, in: *Journal of Economic History*, (39-1), März 1979, S. 96. Benachenhou, Abdellatif: *Le renversement de la problématique ricardienne des coûts comparée dans la théorie économique contemporaine*, in: *Revue algérienne des sciences juridiques, économiques et politiques*, (8-4), Dez. 1971, S. 925 - 929.
- (12) So das Argument bei: Davey, Brian: *The Economic Development of India*. Spokesman Books, Nottingham 1975, S. 44.
- (13) Vgl.: Elsenhans, Hartmut: *Le monde arabe et l'Europe dans la nouvelle division internationale du travail*, in: Khader, Bichara (Hrsg.): *Coopération euro-arabe. Diagnostic et perspective*. Bd. 3. CERMAC, Louvain-la-Neuve 1983, S. 54 - 56.
- (14) Vgl.: Morkre, Morris E.: *Rent-Seeking and Hongkong's Textile Quota System*, in: *The Developing Economies*, (17-1), März 1979, S. 110 - 118.
- (15) Dazu: Holtgrave, Wilhelm F.: *Industrielle Spezialisierung und ihre gesellschaftlichen Auswirkungen: Erfolge und Probleme im Prozeß voranschreitender exportorientierter Industrialisierung*, Diss. Marburg 1985, S. 42 - 53.
- (16) So z.B.: Lee, Eddy: *Export-led Industrialisation in Asia, An Overview*, in: Lee, Eddy (Hrsg.): *Export-led Industrialisation and Development*. ILO, Genf 1981, S. 15. Menzel, Ulrich: *In der Nachfolge Europas. Autozentrierte Entwicklung in den ostasiatischen Schwellenländern Südkorea und Taiwan*, Simon & Magiera, München 1985, S. 214. Kuo, Tai Chun: *An Analysis of the Taiwan Experience: Policies and Social Factors*, in: *Issues and Studies*, Jan. 1985, S. 112.
- (17) Dazu: Yi, Guk-Yueng: *Zur politischen Ökonomie der exportorientierten Industrialisierung: Ein Vergleich zwischen Korea und Taiwan*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, (27-2), Juni 1986, S. 176 - 200.

- (18) Elsenhans, Hartmut: Abhängiger Kapitalismus oder bürokratische Entwicklungsgesellschaft. Versuch über den Staat in der Dritten Welt, Campus, Frankfurt 1981. Elsenhans, Hartmut: Le développement autocentré contradictoire, in: Les Cahiers du CREA, Nr. 3, Juli - Okt. 1984, S. 19 - 28.
- (19) Frieden, Jeff: Third World Indebted Industrialization: International Finance and State Capitalism in Mexico, Brazil, Algeria and South Korea, in: International Organization, (35-3), Sommer 1981, S. 407 - 432.
- (20) Abgesehen von den sehr wichtigen weltwirtschaftlichen Faktoren wie Zinsanstieg, westlicher Protektionismus, sinkende Rohstoffpreise, geringes Wachstum im Westen.
- (21) Als Beispiel: Streeck, Wolfgang/Schmitter, Philippe C.: Community, Market, State-, and Asociations? The Prospective Contribution of Interest Governance to Social Order, in: European Sociological Review, 1, 1985, S. 119 - 138.
- (22) Liabes, Djilali: Structuration économique, émergence des classes sociales et constitutions de l'Etat-Nation: La nécessité d'une mise en relation, in: Les Cahiers du CREA, Nr. 3, Juli - Okt. 1984, S. 49 - 60.
- (23) Polanyi, Karl: The Great Transformation. Politische Ursprünge von Gesellschafts- und Wirtschaftssystem. Europa Verlag, Wien 1977, S. 76.

Hartmut Elsenhans
 Universität Konstanz
 FG Politikwissenschaft
 Universitätsstraße 10
 D-7750 Konstanz

Rainer Tetzlaff

DER POSTKOLONIALE STAAT IN LÄNDERN DER DRITTEN WELT: MOTOR ODER HEMMNIS VON ENTWICKLUNG? - EINE ALTE KONTROVERSE IM LICHT JUNGERER ERFAHRUNGEN IN AFRIKA

1. Einleitung: "Entstaatlichung" als Ausweg aus der Entwicklungskrise?

Seitdem Entwicklungspolitik betrieben wird, gibt es auch eine akademische Kontroverse um die Rolle des "peripheren Staates" im Entwicklungsprozeß. Während die einen behaupten, nachholende Entwicklung (i.S. der Modernisierung vorindustrieller Gesellschaften) sei nur mittels gezielter staatlicher Intervention möglich, behaupten die anderen, die Regierungen mit ihren aufgeblähten Beamtenapparaten hätten sich als die schwerstwiegenden Hindernisse für eine gesunde Entwicklung der Gesellschaften der Dritten Welt entpuppt. Für beide Positionen gibt es in hinreichendem Maße empirische Belege, mit anderen Worten, jede der beiden apodiktischen Feststellungen ist leicht falsifizierbar. Läßt sich - so muß man aber immer wieder fragen - eine Haupttendenz feststellen? Vertreter der Pro-Fraktion können auf die relativ erfolgreichen Beispiele staatlich gelenkter nachholender Industrialisierung in Asien hinweisen - auf die "Schwellenländer" Taiwan und Südkorea ebenso wie auf den Stadtstaat Singapur und auf die sozialistische Volksrepublik China. Andererseits betonen die Vertreter der Contra-Position das Versagen staatlicher Politiker in vielen Ländern Schwarzafrikas, Asiens und Lateinamerikas, die diese bis an die Schwelle der Unregierbarkeit gebraucht haben. Im Jahre 1985/86 wurde die Weltöffentlichkeit z.B. Zeuge des Niedergangs des Marcos-Regimes auf den Philippinen - eines bis dahin "starken Staates". Kurz zuvor war das Numeiri-Regime im Sudan in die Knie gegangen: der seit 16 Jahren regierende Alleinherrscher war mit seinem Latein am Ende, gefangen in den Fallstricken der Verschuldung. Sichtbarster Ausdruck solcher Regierbarkeitskrisen sind die immensen Verschuldungsprobleme zahlreicher Staaten der Dritten Welt, die aufgrund der finanziellen Abhängigkeit vom Ausland jeglichen autonomen Handlungsspielraum für die Verwirklichung eigener Entwicklungsziele zu verlieren Gefahr laufen. Es gehört zu den düstersten Perspektiven für die Zukunft der Dritten Welt, daß die hart errungene politische Freiheit (bei Erlangung der völkerrechtlichen Souveränität) nun, als Folge der mit geliehenem Fremdkapital finanzierten